

- Reisen im Rahmen einer standesamtlichen oder religiösen Eheschließung von Verwandten ersten und zweiten Grades,

8. berufsbedingte Reisen von Seeleuten,

9. Reisen aus humanitären Gründen (einschließlich Reisen aus zwingenden medizinischen Gründen oder zur Fortführung einer dringenden medizinischen Behandlung und um älteren Menschen, Minderjährigen, Personen mit Behinderung oder schutzbedürftigen Personen beizustehen),

10. Reisen aus Studiengründen, einschließlich Reisen von Schülern, Studenten und Praktikanten, die im Rahmen ihres Studiums eine Ausbildung absolvieren, und von Forschern mit einer Aufnahmevereinbarung,

11. Reisen von hochqualifizierten Personen, wenn ihre Arbeit wirtschaftlich notwendig ist und nicht aufgeschoben werden kann, einschließlich Reisen von Berufssportlern, die als Spitzensportler anerkannt sind, von Berufsfachkräften des Kultursektors, sofern sie über eine kombinierte Erlaubnis verfügen, und von Journalisten, in der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit.

Reisen von Personen, die nach Belgien kommen, um eine Tätigkeit als Lohnempfänger auszuüben, einschließlich Au-Pair-Jugendlichen, unabhängig von der Dauer dieser Tätigkeit, sofern ihnen dies von der zuständigen Region gestattet worden ist (Arbeitserlaubnis oder Nachweis, dass die Bedingungen für eine Befreiung erfüllt sind),

Reisen von Personen, die nach Belgien kommen, um eine Tätigkeit als Selbständiger auszuüben, unabhängig von der Dauer dieser Tätigkeit, sofern ihnen dies von der zuständigen Region gestattet worden ist (gültige Berufskarte oder Nachweis, dass die Bedingungen für eine Befreiung erfüllt sind),

12. Reisen des Ehepartners oder Lebenspartners von Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Landes der Europäischen Union oder des Schengen-Raums besitzen, wenn er diese begleitet und sofern sie unter demselben Dach wohnen, und Reisen ihrer Kinder, die unter demselben Dach wohnen. Lebenspartner müssen ebenfalls den stabilen und dauerhaften Charakter der Beziehung plausibel nachweisen.

Gesehen, um Unserem Erlass vom 10. März 2022 beigelegt zu werden

Gegeben zu Brüssel, den 10. März 2022

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Volksgesundheit

F. VANDENBROUCKE

Die Ministerin des Innern

A. VERLINDEN

Der Staatssekretär für Asyl und Migration

S. MAHDI

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2022/20550]

**10 MAART 2022. — Ministerieel besluit houdende de opheffing van het ministerieel besluit van 13 maart 2020 houdende de afkondiging van de federale fase betreffende de coördinatie en het beheer van de crisis coronavirus COVID-19. — Duitse vertaling**

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 10 maart 2022 houdende de opheffing van het ministerieel besluit van 13 maart 2020 houdende de afkondiging van de federale fase betreffende de coördinatie en het beheer van de crisis coronavirus COVID-19 (*Belgisch Staatsblad* van 11 maart 2022).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2022/20550]

**10 MARS 2022. — Arrêté ministériel abrogeant l'arrêté ministériel du 13 mars 2020 portant le déclenchement de la phase fédérale concernant la coordination et la gestion de la crise coronavirus COVID-19. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté ministériel du 10 mars 2022 abrogeant l'arrêté ministériel du 13 mars 2020 portant le déclenchement de la phase fédérale concernant la coordination et la gestion de la crise coronavirus COVID-19 (*Moniteur belge* du 11 mars 2022).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2022/20550]

**10. MÄRZ 2022 — Ministerieller Erlass zur Aufhebung des Ministeriellen Erlasses vom 13. März 2020 zur Auslösung der föderalen Phase hinsichtlich der Koordinierung und des Krisenmanagements in Bezug auf das Coronavirus COVID-19 — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Ministeriellen Erlasses vom 10. März 2022 zur Aufhebung des Ministeriellen Erlasses vom 13. März 2020 zur Auslösung der föderalen Phase hinsichtlich der Koordinierung und des Krisenmanagements in Bezug auf das Coronavirus COVID-19.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

**10. MÄRZ 2022 — Ministerieller Erlass zur Aufhebung des Ministeriellen Erlasses vom 13. März 2020 zur Auslösung der föderalen Phase hinsichtlich der Koordinierung und des Krisenmanagements in Bezug auf das Coronavirus COVID-19**

Die Ministerin des Innern,

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 31. Januar 2003 zur Festlegung des Noteinsatzplans für Krisenereignisse und Krisensituationen, die eine Koordination oder eine Bewältigung auf nationaler Ebene erfordern;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. Mai 2019 über die Noteinsatzplanung und die Bewältigung von Notsituationen auf kommunaler und provinzieller Ebene und über die Rolle der Bürgermeister und der Provinzgouverneure bei Krisenereignissen und in Krisensituationen, die eine Koordinierung oder eine Bewältigung auf nationaler Ebene erfordern, des Artikels 37;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 13. März 2020 zur Auslösung der föderalen Phase hinsichtlich der Koordinierung und des Krisenmanagements in Bezug auf das Coronavirus COVID-19;

Aufgrund der Konzertierung vom 4. März 2022 mit den betreffenden Provinzgouverneuren, um gemäß Artikel 37 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 22. Mai 2019 über die Noteinsatzplanung und die Bewältigung von Notsituationen auf kommunaler und provinzieller Ebene und über die Rolle der Bürgermeister und der Provinzgouverneure bei Krisenereignissen und in Krisensituationen, die eine Koordinierung oder eine Bewältigung auf nationaler Ebene erfordern, die Kontinuität und Kohärenz der ergriffenen Maßnahmen zu gewährleisten;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 8. März 2022;

Aufgrund des Einverständnisses des Staatssekretärs für Haushalt vom 9. März 2022;

Aufgrund der am 9. März 2022 abgegebenen Stellungnahme der Minister, die im Rat darüber beraten haben;

In der Erwägung, dass vorliegender Erlass nicht den erforderlichen Verordnungscharakter im Sinne von Artikel 3 § 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat; dass vorliegender Erlass daher der Gesetzgebungsabteilung nicht zur Begutachtung vorgelegt werden muss;

In Erwägung des Gesetzes vom 14. August 2021 über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen in einer epidemischen Notsituation, insbesondere des Artikels 3 § 4;

In Erwägung des Gesetzes vom 10. November 2021 zur Bestätigung des Königlichen Erlasses vom 28. Oktober 2021 zur Ausrufung der epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19;

In Erwägung des Gesetzes vom 11. Februar 2022 zur Bestätigung des Königlichen Erlasses vom 27. Januar 2022 zur Erklärung der Aufrechterhaltung der epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19;

In Erwägung des Gesetzes vom 11. März 2022 zur Aufhebung der Aufrechterhaltung der epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19;

In Erwägung des Königlichen Erlasses vom 28. Oktober 2021 zur Ausrufung der epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19;

In Erwägung des Königlichen Erlasses vom 28. Oktober 2021 über die verwaltungspolizeilichen Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Folgen der ausgerufenen epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19 für die Volksgesundheit zu verhindern oder einzuschränken;

In Erwägung des Königlichen Erlasses vom 27. Januar 2022 zur Erklärung der Aufrechterhaltung der epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19;

In der Erwägung, dass die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 30. Januar 2020 eine gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite (GNIT) ausgerufen hat;

In Erwägung der Erklärung der WHO in Bezug auf die Eigenschaften des Coronavirus COVID-19, insbesondere hinsichtlich der hohen Übertragbarkeit und des Sterberisikos;

In Erwägung der am 11. März 2020 von der WHO vorgenommenen Qualifizierung des Coronavirus COVID-19 als Pandemie;

In der Erwägung, dass die WHO am 16. März 2020 die höchste Warnstufe in Bezug auf das Coronavirus COVID-19 ausgerufen hatte;

In der Erwägung, dass sich die negativen Folgen der Pandemie des Coronavirus COVID-19 in Belgien auf mehrere Provinzen erstreckt haben; dass es im allgemeinen Interesse lag, dass die ergriffenen Maßnahmen kohärent waren;

In der Erwägung, dass Maßnahmen auf nationaler Ebene zum Schutz der Bevölkerung und zur Verringerung des Drucks auf das Gesundheitssystem, einschließlich der Primärpflege, erforderlich waren;

In der Erwägung, dass die Bedingungen für die Auslösung einer föderalen Phase somit erfüllt waren; dass diese Phase für die Dauer der Gesundheitskrise aufrechterhalten werden musste;

In der Erwägung, dass aus der Stellungnahme der RAG vom 28. Februar 2022 und der Stellungnahme des COVID-19-Kommissariats vom 28. Februar 2022 hervorgeht, dass nicht mehr alle in Artikel 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 14. August 2021 über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen in einer epidemischen Notsituation enthaltenen Bedingungen für eine epidemische Notsituation erfüllt sind; dass diese Stellungnahme am 3. März 2022 vom föderalen Minister der Volksgesundheit bestätigt wurde;

In der Erwägung, dass der Konzertierungsausschuss vom 4. März 2022 zur Kenntnis genommen hat, dass die epidemische Notsituation aufgehoben werden muss;

In der Erwägung, dass die Ausrufung einer epidemischen Notsituation ebenfalls die Auslösung (oder Aufrechterhaltung) einer föderalen Phase erfordert, und zwar so lange, wie die epidemische Notsituation anhält oder aufrechterhalten wird; dass im Gegensatz dazu der Wegfall der epidemischen Notsituation nicht unbedingt die sofortige Aufhebung der föderalen Phase bedeutet; dass, wenn die Bedingungen für die epidemische Notsituation nicht mehr erfüllt sind und diese aufgehoben wird, es daher angebracht ist zu beurteilen, ob auch die föderale Phase aufgehoben werden muss;

In der Erwägung, dass die günstige Entwicklung der Gesundheitslage, wie im Bericht der RAG vom 2. März 2022 beschrieben, den Schluss zulässt, dass die Situation nicht mehr so schwerwiegend ist, dass sie der Aufrechterhaltung einer föderalen Phase bedarf, und dass sie nicht weiterhin als Krisensituation bezeichnet werden kann, die ein Management auf nationaler Ebene erfordert, sowohl was die Koordinierung als auch was die Mittel betrifft; dass der Konzertierungsausschuss vom 4. März 2022 zur Kenntnis genommen hat, dass die föderale Phase des nationalen Noteinsatzplans ebenfalls aufgehoben werden muss;

In der Erwägung, dass angesichts des Vorhergehenden die Dringlichkeit und die von dieser Krise ausgehende Gesundheitsgefahr auf nationaler Ebene nunmehr begrenzt sind; dass der für Inneres zuständige Minister eine föderale Phase aufheben muss, wenn die Notsituation nicht länger ein Management auf seiner Ebene erfordert;

In der Erwägung, dass sich aus all dem ableiten lässt, dass eine Koordinierung dieser Krise auf nationaler Ebene nicht mehr erforderlich ist; dass dennoch jede Behörde den Kampf gegen das Coronavirus COVID-19 im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeiten fortsetzen muss;

In der Erwägung, dass die Föderalbehörde im Rahmen des Zeitraums der Wiederherstellung, der nach Ablauf der föderalen Phase beginnt, in Absprache mit den anderen zuständigen Behörden und Diensten weiterhin Beschlüsse fasst, die in ihre Zuständigkeit fallen; dass sie dafür Sorge trägt, dass eine Übertragung und Überwachung der Maßnahmen erfolgt, die nicht mehr in ihre Zuständigkeit fallen, und dass die dafür erforderlichen Zusammenarbeitsstrukturen eingerichtet werden; dass die betreffenden Gouverneure und Bürgermeister die Umsetzung der von der Föderalbehörde beschlossenen Wiederherstellungsstrategie gewährleisten,

Erlässt:

**Artikel 1** - Der Ministerielle Erlass vom 13. März 2020 zur Auslösung der föderalen Phase hinsichtlich der Koordinierung und des Krisenmanagements in Bezug auf das Coronavirus COVID-19 wird aufgehoben.

**Art. 2** - Vorliegender Erlass tritt am 11. März 2022 in Kraft.

Brüssel, den 10. März 2022

Die Ministerin des Innern  
A. VERLINDEN

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST FINANCIËN

[C – 2022/20544]

**15 MAART 2022.** — Koninklijk besluit betreffende de uitgiften in 2022 van herdenkingsstukken van 2 euro, ter waardering van de uitzonderlijke inzet van de zorgsector gedurende de COVID-19 pandemie en ter gelegenheid van de 35<sup>ste</sup> verjaardag van het Erasmus project

FILIP, Koning der Belgen,  
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 juli 2017 houdende diverse financiële en fiscale bepalingen en houdende maatregelen inzake concessieovereenkomsten, artikel 3;

Gelet op het koninklijk besluit van 3 september 1998 betreffende de nationale zijde van de eerste serie euromuntstukken, gewijzigd bij de koninklijke besluiten van 13 december 2007, 19 maart 2009 en 26 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Europese Centrale Bank van 7 december 2021 inzake de goedkeuring met betrekking tot de omvang van de muntuitgifte in 2022;

Gelet op het advies van de inspectie van Financiën, gegeven op 27 januari 2022;

Gelet op de akkoordbevinding van de minister van Begroting, gegeven op 21 februari 2022;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat deze stukken ter waardering van de zorgsector uitgegeven zullen worden in het voorjaar van 2022 en dat bijgevolg de technische specificaties onverwijld omschreven moeten worden;

Op de voordracht van de Minister van Financiën,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** Ter waardering van de uitzonderlijke inzet van de zorgsector gedurende de COVID-19 pandemie en ter gelegenheid van de 35<sup>ste</sup> verjaardag van het Erasmus project worden twee herdenkingsstukken van 2 euro uitgegeven.

**Art. 2. § 1.** De in artikel 1 bedoelde stukken hebben dezelfde technische specificaties als de stukken van 2 euro die worden aange-munt in uitvoering van het koninklijk besluit van 12 december 2001 betreffende de uitgifte van de eerste serie euromuntstukken.

§ 2. In afwijking van de eerste paragraaf, beeldt de nationale zijde van de eerste herdenkingsmunt het zorgpersoneel uit.

Links staat de tekst "DANKE – MERCI – DANK U" samen met diverse pictogrammen die verwijzen naar de gezondheidszorg. Van boven naar onder staan weergegeven een kruis, een stethoscoop, een hart, een spuit, een rolstoel en een chemisch mengsel. Uiterst rechts staan de initialen van de designer Luc Luycx.

## SERVICE PUBLIC FEDERAL FINANCES

[C – 2022/20544]

**15 MARS 2022.** — Arrêté royal relatif aux émissions en 2022 de pièces commémoratives de 2 euros, en reconnaissance de l'engagement exceptionnel du secteur des soins de la santé durant la pandémie de COVID-19 et à l'occasion du 35<sup>e</sup> anniversaire du programme Erasme

PHILIPPE, Roi des Belges,  
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 juillet 2017 portant des dispositions financières et fiscales diverses et portant des mesures en matière de contrats de concession, l'article 3 ;

Vu l'arrêté royal du 3 septembre 1998 relatif à la face nationale de la première série de pièces libellées en EURO, modifié par les arrêtés royaux des 13 décembre 2007, 19 mars 2009 et 26 janvier 2014 ;

Vu la décision de la Banque centrale européenne du 7 décembre 2021 relative à l'approbation du volume de l'émission de pièces en 2022 ;

Vu l'avis de l'inspection des Finances, donné le 27 janvier 2022 ;

Vu l'accord du ministre du Budget, donné le 21 février 2022 ;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1<sup>er</sup>, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996 ;

Vu l'urgence ;

Considérant que les pièces commémorant le secteur des soins de santé seront émises au printemps de 2022 et qu'il y a lieu dès lors d'en définir les spécifications techniques sans délai ;

Sur la proposition du Ministre des Finances,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** En reconnaissance de l'engagement exceptionnel du secteur des soins de la santé durant la pandémie de COVID-19 et à l'occasion du 35<sup>e</sup> anniversaire du programme Erasme sont émises deux pièces commémoratives de 2 euros.

**Art. 2. § 1<sup>er</sup>.** Les pièces visées à l'article 1<sup>er</sup> ont les mêmes spécifications techniques que les pièces de 2 euros qui sont frappées en exécution de l'arrêté royal du 12 décembre 2001 relatif à l'émission de la première série de pièces libellées en euro.

§ 2. Par dérogation au paragraphe 1<sup>er</sup>, la face nationale de la première pièce commémorative représente le personnel du secteur soignant.

À gauche, se trouve le texte "DANKE – MERCI – DANK U" accompagné de divers pictogrammes faisant référence au secteur de la santé. De haut en bas sont représentés une croix, un stéthoscope, un cœur, une seringue, un fauteuil roulant et un mélange chimique. À droite se trouvent les initiales du graphiste Luc Luycx.